

i.A.22.14.7.3.-CB/BRS

Bern, den 29. Mai 1989

VERTRAULICH

Informations hebdomadaires 22/89b e s u c h b r f i n s c h w e d e n

1. bundesrat felber - begleitet von staehelin, ducrey, kellenberger, pache und combernous sowie lokal ergaenzt von indermuehle und woker - weilte, von finnland kommend, vom 21.-23.05. in schweden. neben den im mittelpunkt des besuches stehenden gespraechen mit seinem amtskollegen sten andersson wurde brf von koenig carl xvi gustaf in audienz empfangen, war ehrengast an einem von parlamentspraesident thage g. peterson veranstalteten mittagessen, stattete premierminister ingvar carlsson einen hoeflichkeitsbesuch ab, traf mit aussenhandelsminister frau anita gradin zusammen und sass schliesslich mit der efta-delegation des schwedischen parlamentes zu einer diskussion zusammen.

der besuch diente der kontaktpflege auf hohem politischen niveau zwischen zwei staaten, die in sicherheits- und wirtschafts-politischer hinsicht ihre traditionell enge zusammenarbeit in letzter zeit noch verstaerkt haben. nachdem letztmals vor fuenf jahren ein bilateraler besuch dieser art stattgefunden hat (am bodstroem in bern im september 1984) wird auf die reise von brf nach schweden bereits im september dieses jahres ein besuch des schwedischen premierministers ingvar carlsson in bern folgen.

das hauptanliegen (message) von brf in schweden, der vorschlag zum jaehrlichen zusammentreffen der an der vier europaeischen neutralen, ein erstes mal in bern, fand in stockholm guenstige aufnahme. diese schweizerische initiative stand auch im mittelpunkt des medienechos - in der schweiz wie in schweden - auf den besuch.

2. am sonntag, 21.05. besichtigte brf das raumzentrum "esrange" im nordschwedischen kiruna. neben der abschussrampe fuer raumsonden mit wissenschaftlichem charakter standen dabei namentlich die kapazitaeten von "esrange" im bereich des empfangs von satellitendaten im vordergrund des interessens. schweden hat vor kurzem sein eigenes projekt zur entwicklung eines erdfernebeobachtungssatelliten (tellus) vorgelegt. dessen allfaellige verwendung als ein teil eines paketes von verifikationsmassnahmen soll bald gegenstand einer einlaesslicheren diskussion zwischen schweden und der schweiz bilden.

3. in seinem gespraech mit am andersson (ama) umreisst brf zunaechst den schweizerischen vorschlag fuer ein zukuenftiges jaehrliches zusammentreffen der vier neutralen aussenminister. es handelt sich nicht um einen versuch zur blockbildung der neutralen, sondern um die gelegenheit zur diskussion gemeinsam interessierender themen (beispiele: verhaeltnis zu osteuropa und weiteren laendern ausserhalb westeuropas, gute dienste und zusammenarbeit im uno-system, ksze), welche schwergewichtig ausserhalb der wirtschaftspolitischen integrationsmaterie liegen (fuer diese bildet die efta das forum).



anschliessend erlaeutert brf die schweizerische integrationspolitik und stellt grosse Gemeinsamkeiten, neben einigen Nuancen, in der entsprechenden politik der schweiz und schwedens fest. insbesondere kann die schweiz nicht voll mitziehen, was die 4. freiheit des europaeischen binnenmarktes, freie personenbewegung, anbelangt. ama legt seinerseits die bereitchaft schwedens dar, sich mit ausnahme der sicherheitspolitik der eg in allen bereichen so weit zu naehern, als dies einem nichtmitglied - das werde schweden auf absehbare zeit bleiben - moeglich ist. mit bezug auf freie personenbewegung weist ama auf die erfahrung mit dem nordischen arbeitsmarkt hin, wo in schweden anfaenglich eine sprunghafte zunahme speziell finnischer arbeitskraefte stattfand, spaeter sich aber ein ausgleich mit spuerbarer hebung des lebensstandards in allen beteiligten laendern einpendelte. indes raemt er ein, dass sich schweden und die schweiz als zielland auslaendischer arbeitskraefte primaer aus geographischen und linguistischen gruenden nicht vergleichen lassen. ama ist der ueberzeugung, darin unterstuetzt von ulf dinkelspiel, schwedischem chefunterhaendler fuer integration, dass jetzt der zeitpunkt fuer ein kraeftiges positives signal der efta an die adresse von bruessel gekommen sei. auf die frage von dinkelspiel, ob die schweiz eine volle beteiligung an den uebrigen drei freiheiten ins auge fassen koenne, antwortet brf, dass die schweiz bereit sei, risiken einzugehen und ihre entsprechende verantwortung zu tragen.

mit bezug auf ost-west beziehungen legt ama dar, dass er anlaesslich seines kuerzlichen besuches in washington in einem wichtigen punkt mit seinen gespraechspartnern bush und baker nicht einig ging. wo die amerikaer kaum moeglichkeiten sehen, die perestroika von aussen her zu foerdern, glaubt stockholm an die notwendigkeit westlicher 'geburtshilfe' waehrend der kommenden fuef jahre, nachdem nun in der udssr erwartungen geweckt sind, die hebung des lebensstandards aber nur mit verzoeigerung eintreten wird. ama weist auf die eminente bedeutung hin von funktionierenden beispielen dynamischer und kraftvoller marktwirtschaft fuer die lendenlahme volkswirtschaft der udssr. so werden tetra-pak und

ikea (beides schwedische firmen mit schweizerischer holding, am. des chronisten) eigene produktionsstaetten in der udssr errichten. ohne hebung des lebensstandards werden gorbatschews reformen scheitern und auch die fuer den westen angenehmen begleiterscheinungen verschwinden. brf weist auf anfragen um spezifische wirtschaftliche hilfstellung hin, welche die schweiz aus osteuropaeischen laendern erreichen, jugoslawien ist dabei ein spezialfall, dem ja von seiten der efta unter die arme gegriffen werden soll. staatssekretaer schori, eben aus belgrad zurueckgekehrt, sieht jugoslawien bereits an der grenze zum abgrund. wirtschafts- und politischer beistand (z. b. auslaendische parlamentarier zur beobachtung nach kosovo) tun not, beides wird heute von jugoslawien gewuenscht resp. akzeptiert.

auf die glueckwuensche von brf fuer die schwedischen bemuehungen im mittleren osten und dem nochmaligen dank fuer den beistand im falle winkler, legt ama dar, dass heute stockholm in der lage sei, mit allen beteiligten am konflikt zu sprechen. schweden sieht es als seine pflicht an, im rahmen seiner moeglichkeiten zur loesung der probleme beizutragen. eine erneute gewaltsame auseinandersetzung im nahen osten, die angesichts fortdauernder erstarkung extremistischer kraefte auf beiden seiten nicht auszuschliessen ist, koennte einen weltbrand ausloesen.

4. integrationsproblematik stand naturgemaess im mittelpunkt der diskussion von brf mit aussenhandelsminister anita gradin (gra). brf glaubt, dass speziell in den medien unterschiedliche standpunkte zwischen schweden und der schweiz ueberbetont werden, grundsaeztlich sind wir uns einig. so beispielsweise, die efta zum

- 3 -

schlagkraeftigen integrationsinstrument, nicht aber zur 'mini-eg' auszubauen. die schweiz wird hand bieten zur restrukturierung der efta, indes ohne hast. gra pflichtet grundsaeztlich bei, sie sieht - dabei 'unterstuetzt von dinkelspiel - die notwendigkeit zum ausbau der strukturen von neuer aufgabenstellung her (dienstleistungen, kapitalverkehr).

auf die frage von gra, ob die sich anbahnenden beziehungen (z. b. freihandel) zwischen der eg und drittlaendern auch die efta-laender zur aktivitaet gegenueber diesen zwingt, habe man auch in der schweiz, so brf, noch keine endgueltige antwort, die efta duerfe aber nicht zum wartesaal fuer vertroestete eg-kandidaten werden.

5. auch in den gespraechen von brf mit den schwedischen parlamentarier kam schwergewichtig die integrationsmaterie und ihr umfeld zur sprache. von schwedischer seite wird fast

einstimmige unterstuetzung (90o/o der parlamentarier) des reichstages fuer die gegenwaertige regierungspolitik im integrationsbereich dargelegt. dies beinhaltet auch zustimmung zu einer zollunion, falls dies mit neutralitaetsvorbehalt moeglich ist. auf

frage von brf unterstreichen parlamentarier verschiedener politischer observanz weiter die grosse bedeutung der uruguay-runde im gatt. sie stimmen der schweizerischen meinung zu, dass da ein effektives instrument, nicht zuletzt auch zur verhinderung einer 'eg festung europa' geschmiedet werden muss. einig ist man sich auf beiden seiten ueber die bedeutung des sozialraumes europa - zu dem beispielsweise auch eine lebenserhaltende und nicht-bedrohende umwelt gehoert - als notwendige ergaenzung des wirtschaftsraumes.

6. der koenig ging gegenueber brf zunaechst ebenfalls auf die integrationsmaterie ein und zeigt sich gut orientiert ueber die schweizerische integrationspolitik. er unterstreicht die notwendigkeit fuer schweden, sich in verschiedener beziehung, so beispielsweise auch mit bezug auf das staatliche alkoholmonopol, europaeischen mittelwerten anzunaehern. als ehrenpraesident des schwedischen zweiges des wwf weist er anschliessend auf die bedeutung europaeischer und globaler intensivierung des kampfes fuer eine bessere umwelt hin.

Besuch BRF in Schweden:Gespräch mit Ministerpräsident
Ingvar Carlsson, 23.5.1989

Ministerpräsident Carlsson (C.) gibt seiner Freude Ausdruck, im September in die Schweiz kommen zu können. Nach dem gut verlaufenen Treffen der EFTA Regierungschefs in Oslo ist ein fortgesetzter schweizerisch-schwedischer Dialog besonders wichtig.

BRF unterstreicht, dass der Gedankenaustausch zwischen EFTA-Staaten und auch zwischen Neutralen verstärkt weitergeführt werden muss. In diesem Zusammenhang sind Kontakte zwischen Ministern, Beamten, aber auch Parlamentariern zu begrüßen. Wichtig ist, dass die Öffentlichkeit begreift, dass es zwischen uns mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede gibt. In unseren Gesprächen in den vergangenen Tagen haben wir eine weitgehende Übereinstimmung in den Grundsatzfragen und gewisse Differenzen mit Bezug auf das weitere Vorgehen festgestellt. Diese Differenzen müssen reduziert werden.

C. bezeichnet die schweizerische Haltung als sehr konstruktiv. Natürlich gebe es unter EFTA-Staaten unterschiedliche Interessen und Prioritäten. Wichtig ist aber der Wille der EFTA-Staaten zusammenzuarbeiten. In den EG sind manche gegenüber der EFTA skeptisch eingestellt. Es ist wichtig, diesen Skeptikern Ende des Jahres nicht neue Argumente zu liefern. Deshalb sind eine Stärkung der EFTA, von deren Verhandlungskapazität sowie klare EFTA Positionen wichtig. Die Beziehungen EG-EFTA müssen auch unter dem Gesichtspunkt des Ost-West Verhältnisses gesehen werden - der Entwicklung in Jugoslawien, Ungarn oder in den baltischen Staaten beispielsweise.

BRF spricht sich allgemein für eine Stärkung der EFTA aus, eventuell auch für eine Ausweitung über den Wirtschaftsbereich hinaus. Ein Problem stellt allerdings der Versuch der Gemeinschaften dar, die EFTA zeitlich unter Druck zu setzen. Dem muss widerstanden werden, schliesslich sind wir wichtige Wirtschaftspartner, die von den EG nicht ignoriert werden können. Wir haben Anspruch auf genügend Zeit, um uns zu organisieren und um unsere Positionen zu definieren. Was die Beziehungen zu den Oststaaten betrifft, sollten diese Gegenstand der Aussprache unter den 4 Neutralen sein. Abschliessend weist BRF auf die Bedeutung der Respektierung des GATT und von dessen Regeln hin. C. teilt die Beurteilung von BRF betreffend die Tendenz, die EFTA-Staaten unter zeitlichen Druck zu setzen. Unsere Stellung ist stark und wir sollten uns nicht verhalten, wie wenn wir nichts zu offerieren hätten.

Auf die Frage von C., nach dem seiner Meinung nach heikelsten EFTA-internen Problem, antwortet BRF mit dem Hinweis auf das Konzept einer Zollunion. Hier gebe es zwischen Schweden und der Schweiz Beurteilungsunterschiede. Für uns beinhalte die Zollunion Risiken (Ausschluss bei der Beschlussfassung, treaty making power). Die Diskussion dieser Frage muss vertieft werden.

C. unterstreicht, dass Schweden keinen Entscheid für oder gegen eine Zollunion getroffen habe. Aber schwedischerseits möchte man diese Option nicht a priori ausschliessen. Der endgültige Entscheid hängt von der genauen Ausgestaltung ab. Gegenstand der Verhandlungen mit den EG müsste sein zu prüfen, ob eine Möglichkeit besteht, Entscheidungen beeinflussen zu können und einen Neutralitätsvorbehalt (keine Mitwirkung an Wirtschaftssanktionen) anzubringen.

Schweiz für 1990 - 1992 weiterhin Mitglied in der UNO-Kommission für transnationale Unternehmen (Multis) und im Verwaltungsrat des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP)

In den Wahlen der ersten regulären Session des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO (ECOSOC) wurde die Schweiz am 23. Mai 1989 in New York in zwei wichtige Organe der UNO wiedergewählt:

1. In stiller Wahl wurde das schweizerische Mandat in der UNO-Kommission für transnationale Unternehmen (UNCTC) für die drei Jahre 1990 - 1992 bestätigt. Die Kommission hat 48 Mitglieder, 10 davon sind Vertreter aus der Gruppe der westlichen Industrieländer.
2. Im Verwaltungsrat des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), der ebenfalls 48 Mitglieder zählt, sind die westlichen Industrieländer als Geberländer mit 17 Sitzen vertreten. Für die drei Jahre 1990 - 1992 waren für diese Gruppe 5 Mandate zu vergeben. Der ECOSOC wählte die Bundesrepublik Deutschland (mit 52 von 54 Stimmen), Dänemark (51), Portugal (50), Niederlande (43) und die Schweiz (38). Die Türkei schied mit 25 Stimmen aus.

Dieser Wahlerfolg ist nicht selbstverständlich, da die Schweiz als Nichtmitglied der UNO nicht dem ECOSOC angehört. Unsere Wiederwahl dürfte in erster Linie auf unsere namhaften finanziellen Beiträge an das UNDP und unsere aktive Beteiligung an den Arbeiten des Verwaltungsrates zurückzuführen sein. Mitentscheidend waren bestimmt auch die Interventionen in den Hauptstädten der ECOSOC-Mitgliedstaaten und in New York, ohne die der Wahlerfolg kaum zustande gekommen wäre. Wir danken allen Vertretungen, die mit der Kampagne befasst waren, insbesondere auch der Mission New York, für ihren grossen Einsatz.

Da im ECOSOC ein geheimes Wahlverfahren angewandt wird, wissen

- 7 -

wir nicht mit Sicherheit, wer für uns gestimmt hat. Immerhin erhielten wir im Vorfeld der Wahl Zusicherungen von 23 Staaten, nämlich Bolivien, Brasilien, Bulgarien, China, Dänemark, BRD, Frankreich, Indonesien, Iran, Italien, Japan, Jugoslawien, Kanada, Kuba, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Portugal, Rwanda, Saudi-Arabien, Sudan, Trinidad und Tobago sowie Uruguay. Wir möchten den betreffenden Vertretungen den Entscheid überlassen, ob und in welcher Weise sie den Regierungen dieser Staaten unseren Dank ausdrücken wollen.

6ème session du Conseil international des Bois tropicaux
(Abidjan, 16-24 mai 1989)

Opérationnelle depuis deux ans seulement, l'Organisation internationale des bois tropicaux (OIBT) a nettement accéléré sa vitesse de croisière. Deux facteurs externes sont à relever:

- la campagne orchestrée par certaines organisations écologistes, en Europe surtout, mais aussi aux Etats-Unis et même au Japon, contre l'achat de bois tropicaux soit en général, soit de certaines origines;
- les récentes mesures prises par les Philippines (interdiction d'exporter des bois sciés) et la Thaïlande (interdiction de couper du bois à des fins commerciales), sans oublier qu'un pays tel la Côte d'Ivoire sera importateur net de bois dans trois ans.

Cette évolution a conduit les représentants du commerce à participer aussi activement que les organisations écologiques aux travaux de l'OIBT, de sorte que l'organisation constitue désormais un véritable forum quadripartite réunissant toutes les parties intéressées à la survie des forêts tropicales: pays producteurs et consommateurs, commerce et industrie ainsi que les écologistes à l'exception des fondamentalistes du "boycott". L'objectif commun est le développement durable, alors que leur plus petit dénominateur commun est la conviction qu'il est absolument nécessaire, pour sauver la forêt, d'en maintenir la valeur économique.

Deux faits saillants parmi les résultats de cette réunion méritent attention:

- la constitution d'une mission d'étude de la politique et pratique forestière dans une des régions les plus controversées, à savoir le Sarawak (Malaisie);
- une augmentation sensible des contributions volontaires aux projets plurinationaux dans trois domaines, le reboisement et la gestion forestière, l'industrie forestière et l'information sur le marché.

La Suisse a annoncé une deuxième contribution d'un million de dollars et reste, avec la France, le deuxième donateur de l'OIBT derrière le Japon. Cette contribution est destinée à la mise sur pied d'un service d'information sur le marché des bois tropicaux cofinancé avec la Suède, éventuellement à un projet de développement forestier intégré en Bolivie ainsi qu'au cofinancement de la mission au Sarawak.

J. P. KEUSCH



Referenzen und Initialen

Adresse für Telex an Dritte

p.B.58.06.4.-DY/RJ

Ordnung	Priorität	Factura	Textlang	F
X	X			
Ja	Nein	Norm	Dring	Flach

Assender	Beleviv
Secrétariat pol.	1

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------

wochentx

Directives politiques hebdomadaires no 17/89 du 29.5.89

Voyage du Conseiller fédéral R. Felber en Suède

Au terme de son voyage en Finlande, BRF a séjourné en Suède du 21 au 23 mai. Le 21 mai, il a visité la station d'exploration spatiale de Esrange à Kiruna où ont été démontrées les possibilités d'observation par satellites.

A Stockholm BRF a été reçu en audience par le roi. Il a également rencontré président du parlement, premier ministre, ministres des A.E. et commerce extérieur ainsi que groupe parlementaire.

Comme à Helsinki, les entretiens ont porté principalement sur les relations entre pays de L'AELE et leur coopération avec la CE. Une grande similitude de vues a été constatée entre les deux pays et la nécessité d'une coopération accrue a été relevée.

Ont également été abordées les relations avec pays d'Europe orientale où pays neutres européens peuvent jouer rôle privilégié de trait d'union. Conflits régionaux et opérations du maintien de la paix ont aussi fait l'objet de fructueux échanges de vues.

La proposition de BRF de rencontres régulières des MAE des 4 pays

Date 29.5.89

Telex 30 41

Referenzen und Initialen					Adresse (nur Text, an Dritte)	
Chiffrier:	Priorität:	Externe	Tertiarer	F	Absender	Seiten
						2
Ja	Nein	Norm	Dimp	Flash		
Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	

neutres a été acceptée par son collègue suédois.

Au cours de sa visite, BRF a donné à l'Institut de politique étrangère conférence sur la politique étrangère suisse à la veille de 1992.

Sommet de la francophonie à Dakar

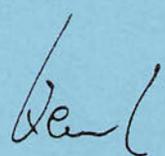
Le troisième Sommet de la francophonie, tenu à Dakar du 24 au 26 mai 1989, a souligné l'importance de la dimension Nord-Sud et du développement dans la coopération francophone internationale. Notre participation à part entière a été saluée à diverses reprises, et nos réserves en matière politique bien comprises. Avons mis l'accent sur les droits de l'homme, l'environnement, l'éducation et la formation, les industries culturelles et la coopération juridique. Le Président du Conseil d'Etat neuchâtelois, M. Cavadini, en sa qualité de Président de la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique, a annoncé intérêt accru des cantons suisses à divers projets concrets. La Suisse a été élue au comité du suivi, organe directeur de la francophonie entre les sommets, composé de 16 membres. Keusch

////

Copie : BRF/JAC/DY

NNNN

29.5.89
30.41

Visum


I. A. 22.14.7.3.

Original direkt weitergeleitet
dodis.ch/66508

Per Kurier an die diplomatischen Vertretungen in:

Abidjan	Hamburg	Panama
Abu Dhabi	Hanoi	<u>Panmunjom</u>
Addis Abeba	Harare	Paris (3)
Akkra	Havanna	Prag
Alger	Helsinki	Pretoria
Amman	Hong Kong	Quito
Amsterdam	Houston	Rabat
Ankara	Islamabad	Rio de Janeiro
Antananarive	Istanbul	Rom
Asuncion	Jakarta	San Francisco
Athen	Johannesburg	San José
Atlanta	Kairo	Santiago de Chile
Bagdad	Karachi	Sao Paulo
Bangkok	<u>Khartoum</u>	Singapur
Barcelona	Kigali	Sofia
Beijing	Kinshasa	Stockholm
<u>Beirut</u> NIKOSIA	Kopenhagen	Strassburg+Europarat
Belgrad	Kuala Lumpur	Stuttgart
Berlin/BRD	Kuwait	Seoul
Berlin/DDR	Lagos	Sydney
Bogota	La Paz	Teheran + Fremde Interessen
Bombay	Lima	Tel-Aviv
Bonn	Lissabon	Tokio
Bordeaux	London	Toronto
Brasilia	Los Angeles	Tripolis
Brüssel+Mission	<u>Luanda</u>	Tunis
Budapest	Luxembourg	Vancouver
Buenos Aires	Lyon	Warschau
Bukarest	Madrid	Washington
Canberra	Mailand	Wellington
Caracas	Manchester	Wien
Chicago	Manila	Yaoundé
Colombo	<u>Maputo</u>	Zagreb
<u>Conakry</u>	Marseille	Riad
Dakar	Melbourne	+ Mission permanente de la Suisse auprès des O.I., Wien
Damaskus	Mexiko	
Dar es Salaam	Montreal	
Den Haag	Monrovia	
Dhaka	Montevideo	
Djeddah	Moskau	
Dublin	München	
Düsseldorf	Nairobi	
Frankfurt a/Main	New Delhi	
Genua	New York, UNO+GK	
Guatemala	Osaka	
	Oslo	
	Ottawa	

Diverse:

- Genf, OI
- R. Mantelli, BAWI
- Divisionär Petitpierre, EMD
- R. Probst, BE (ehem. Staatssekretär)
- Interne Verteilerliste 25.5.1989
- IH + DP